

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Bussenterror bei 113 statt 80 km/h

Klar, dieser Bürger am Steuer war zu schnell. Ausserorts, Strasse schnurgerade, null Verkehr, Sonntag. Da lohnt sich ein Hinterhalt für die Gestapo. CHF 6,620 kostete das Verbrechen im Kanton Zürich, obwohl nach Ort, Zeit und Umständen eine Bagatelle. In D hätte die Busse EUR 75 betragen. Es geht eben bei uns nicht um die Sicherheit, sondern ums Abzocken.

AUTO ALLIANZ
www.autoallianz.ch - 044 391 6767

PLEITEN, PECH UND PANNEN DER LANDESREGIERUNG

Das Selbstverständnis des Bundesrates muss sich ändern

Kaum jemand zweifelt daran, dass die Schweiz zurzeit über eine der schwächsten Landesregierungen der letzten Jahrzehnte verfügt. Das Kollegium leistet sich Pleiten, Pech und Pannen am laufenden Band, wirkt zerstritten und ist kaum in der Lage, Strategien und Konzepte für die Herausforderungen unserer Zeit zu liefern. Eine Staatsleitungs- oder Regierungsreform dürfte indes kaum Remedur schaffen. Vielmehr liegt das Problem bei den Bundesräten selbst, die sich immer stärker als Einzelkämpfer gebärden. Die öffentliche Wahrnehmung der eigenen Person wird über die Leistung des Kollegiums gestellt. Das Selbstverständnis der Landesregierung braucht eine radikale Veränderung.

Die Bundesratsparteien waren konsentiert, als sie die Unterlagen zu den von Wattenwyl-Gesprächen 39 Stunden vor der Sitzung erhielten. Unter dem vor mehreren Wochen vereinbarten, einzigen Diskussionspunkt «Aufgaben des Bundesstaates und deren Finanzierung in mittel- bis langfristiger Perspektive» wurde eine Langfassung der gleichentags veröffentlichten Medienmitteilung zu den Eckwerten des bundesrätlichen Konsolidierungsprogramms verschickt. Dieser Vorgang ist symptomatisch für den Zustand der Landesregierung in diesen Tagen. Der Bundesrat ist weder willens noch in der Lage, längerfristige, departementübergreifende Projekte anzupacken. Die Aufgabenüberprüfung ist versandet, die Verteidigungspositionen zur finanziellen Besitzstandswahrung der Departemente längst bezogen und mittels exklusiver Interviews in den Sonntagsmedien erläutert. Eine Grundsatzdiskussion mit den eigenen Parteipolitikern erübrigt sich damit. Die Bundesräte haben sich von ihrer Basis «emanzipiert». Regieren zum Wohle des Landes, unabhängig von parteipolitischen Kalkül, sieht hingegen anders aus.

Jeder gegen jeden

Nicht wenige Kommentatoren frohlockten, als Christoph Blocher Ende 2007 als Bundesrat abgewählt wurde. Der angeblich nicht kollegialitätsfähige Störenfried wurde aus der Regierung entfernt. Harmonie und Teamgeist sollten in die Landesregierung



MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

zurückkehren. Wie sieht es heute aus? Von Harmonie und Teamgeist keine Spur. Mediale Sololäufe, Selbstdarstellungen, Intrigen und gezielte Indiskretionen prägen den magistralen Alltag. Die Spannungen im Kollegium lassen sich vor der Öffentlichkeit nur noch schwer verbergen. Negativen Einfluss auf die politische Leistung des Bundesrates haben sie längst: Libyen-Krise, Italien-Krise, Angriffe auf den Finanzplatz, die Liste der Flops und verpassten Chancen liesse sich beliebig verlängern. Versagt haben dabei nicht in erster Linie einzelne Mitglieder der Landesregierung, sondern der Bundesrat als Ganzes. Warum aber ist es so weit gekommen?

Selbstverständnis neu definiert

Das Selbstverständnis des Bundesrates hat sich in den letzten 20 Jahren grundlegend gewandelt. Das zeigt sich anschaulich an der Rolle des Bundespräsidenten. Vom Moderator im Innern wurde er zum ersten Repräsentanten des Landes nach aussen umdefiniert, zum Super-Aussenminister quasi, der die Schweiz in der Öffentlichkeit und im Ausland erklärt. Zwischen den Departementen entstand ein eigentlicher Wettbewerb, wer das «bessere» Präsidialjahr abliefern würde. Markante Auftritte in den Medien, prestigeträchtige Auslandsreisen und Kontakte mit den Grossen der Weltpolitik wurden zu den Messgrössen dieses fragwürdigen Spiels um Ansehen und Renommee.

Eine zweite Veränderung betrifft die Rolle der Bundesräte gegenüber ihren Parteien. Die Fähigkeit, sich von den Fesseln ihrer politischen Herkunft zu lösen, wurde in den letzten Jahren zu einem Hauptmerkmal für die Regierungsfähigkeit einer Person heraufstilisiert. Die Distanzierung von der Institution, der man seine politische Karriere zu verdanken hat, wurde von Medien und Öffentlichkeit quasi als Qualitätsmerkmal definiert. Die damit zusammenhängende, zunehmende Entfremdung zwischen den Regierungsmitgliedern und ihrer Parteibasis aber auch dem Parlament als Vertretung ebendieser Basis wiegt schwer und schränkt ironischerweise – entgegen dem gewünschten Effekt – die Handlungsfähigkeit des Bundesrates ein.

Parolen zur Volksabstimmung vom 29. November 2009

Eidgenössische Vorlagen

Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr

JA

Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»

NEIN

Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»

JA

Kantonale Wahl

Ersatzwahl eines Mitgliedes des Regierungsrates für den Rest der Amtsdauer 2007–2011

Ernst Stocker

Ein dritter Punkt betrifft das Fehlen von ausgleichenden Elementen. Dem Bundespräsidenten sind heute, wie erwähnt, andere Funktionen zugeordnet. Die Departementvorsteher vertreten die Interessen ihres Wirkungsbereichs und kommen sich mit dem verstärkten Drang nach Öffentlichkeit immer häufiger gegenseitig ins Gehege. Für das Funktionieren des Kollegiums fühlt sich niemand mehr wirklich verantwortlich. In die Bresche springen könnte allenfalls der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin. Dieses für eine vorausschauende und umsichtige Regierungstätigkeit an sich wichtige Amt wurde jedoch zum Ausgleichskörper für parteipolitische, regionale, sprachliche und geschlechterspezifische Anliegen an die Landesregierung degradiert.

Die Bundeskanzlei ist heute nicht mehr in der Lage, Akzente in der Geschäftsplanung und -führung zu setzen. Auch bezüglich der einst wichtigen disziplinierenden und beratenden Rolle in Kommunikationsfragen ist die Bundeskanzlei längst abgemeldet. Bestenfalls setzt man auf Geheiss

des einen oder anderen Regierungsmitglieds hilflos die Bundesanwaltschaft in Marsch, um eines der vielen Kommunikationslecks zu orten. Man verdrängt damit die Tatsache, dass die Landesregierung längst zum löchrigen Kessel geworden ist, aus dem Vertrauliches ungehindert abfließt. Dies ist nicht zuletzt eine Folge der verstärkten «Öffentlichkeitsarbeit» der Departemente und ihrer Vorsteher, welche einem Interessenausgleich nicht förderlich ist.

Umdenken zwingend

Bevor der Bundesrat – wie angekündigt – über eine Staatsleitungsreform diskutiert, sollte er über sein eigenes Selbstverständnis nachdenken. Die Welt ist zweifellos nicht mehr die Gleiche wie früher. Und alles war damals auch nicht besser. Eine Rückbesinnung auf Werte wie Demut, Zurückhaltung und Unterordnung unter gemeinsame Ziele mag verstaubt und unmodern klingen, für das Funktionieren einer Regierung sind diese Qualitäten aber noch immer von grosser Bedeutung.

Aus ALT mach NEU!



Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.

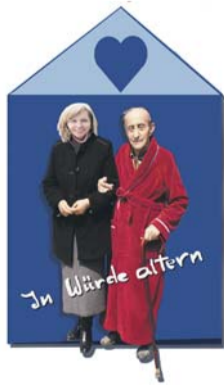
Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!

Kostenlose Heimberatung
Rufen Sie uns an

29 Jahre Erfahrung
wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
www.wideg.ch

Neu in Ihrer Region:
24-Stunden-Betreuung
in den eigenen 4 Wänden



I-W-A In Würde altern
Tel. 0041 (0) 844 55 44 33
Fax 0041 (0) 844 55 44 00
E-Mail: info@I-W-A.ch
WWW.I-W-A.CH

Schreinerei Hanspeter Rüttschi



Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräte austausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessenanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.



Hotel-Restaurant Sonne

Familie Zorica Fak
Kirchenstr. 51, 8843 Oberiberg
Telefon 055 414 12 30
info@sonne-oberiberg.ch

Sonnenstübli für 20, grosser Saal für 50 Personen, Restaurant bis 40 Personen. Grosse Terrasse. Familienhotel mit 40 Betten: Doppelzimmer, 4er-Zimmer und Einzelzimmer. Alle Zimmer verfügen über fliessend Kalt- und Warmwasser, pro Etage eine Dusche, ein Bad sowie WC's. Zusätzlich 2 x 8 Matratzenlager. Ruhige Lage ob der Kirche (Gruppenunterkünfte).

GRABER IMMOBILIEN GESELLSCHAFT M.B.H

Im Kundenauftrag suchen wir

MEHRFAMILIEN-HÄUSER

Region Zürichsee, Stadt Zürich

RENNWEG 36 . CH-8704 HERRLIBERG
TEL. 044 991 66 44 . FAX 044 991 66 40
WWW.GRABERIMMOBILIEN.CH

Karitativer Abzocker



VON CHRISTOPH MÖRGELI

Partei der strahlendsten Saubermänner ist seit Menschengedenken die CVP. Christdemokraten sind vom lieben Gott wie geschaffen für Institutionen des karitativen Gemeinsinns. Und der uneigennütigen Solidarität. Und der wohlthätigen Nächstenliebe. So auch für die Spitze der Schweizerischen Paraplegikerstiftung in Nottwil. Um den von Saubermann Guido A. Zäch (CVP) hinterlassenen Unrat zu beseitigen, griff Saubermann Bruno Frick (CVP) zum eisernen Besen. Um den inzwischen von Frick angehäuften Unrat aufzuputzen, treten jetzt die Saubermänner Pius Segmüller (CVP) und Stephan Zimmermann (CVP) in Aktion.

Wenn Parteifreunde gegenseitig als Meister Proper wirken, verschwindet der Schmutz am diskretesten unter dem Teppich. Guido A. Zäch – wegen mehrfacher Veruntreuung zu 16 Monaten Gefängnis bedingt verurteilt – musste zwar vom Stiftungspräsidium zurücktreten. Es gelang ihm aber, Parteifreund Bruno Frick als Nachfolger durchzudrücken. Noch steht Zäch bei der Stiftung mit über 750 000 Franken in der Kreide. Fricks Dankeschön an den Vorgänger: Zäch darf im Mandatsverhältnis Besuchergruppen herumführen und ausgewählte Grossspender betreuen. Weil er so seine Schulden abstottern kann. Und weil er zu viel weiss.

«Wir wollen noch effizienter für die Querschnittgelähmten arbeiten und die Beiträge unserer Gönner optimal einsetzen», verkündete Paraplegiker-Präsident Frick. Er machte sich effizient an die Arbeit und setzte die Gönnerbeiträge optimal für sich selber ein: In einem einzigen Jahr entnahm er der Stiftungskasse rund 390 000 Franken und steckte sie in die eigene Tasche. In der Restzeit erledigte der Einsiedler gut bezahlte Kleinigkeiten wie das Ständeratsmandat mit drei Kommissionen und drei Delegationen, die Fälle seiner Anwaltskanzlei sowie sieben Verwaltungsrats- und zwei weitere Stiftungsratsmandate.

Bruno Frick ist Herr über fremdes Geld von 47,6 Millionen Gönnerbeiträgen, will für ein neues Logo fremde Rechnungen von mehreren Millionen begleichen und bedient sich aufs Üppigste aus fremdem Stiftungskapital. Mit den Abzockern in der Wirtschaft geht der karitative Abzocker umso härter ins Gericht: «Das Hauptproblem ist die Mentalität der Banker. Wenn diese persönlich für ihr Handeln haften müssten, würden sie nicht mehr mit fremdem Geld auf fremde Rechnungen wirtschaften.»

SVP VERLANGT SOFORTMASSNAHMEN

Bundesrat muss Varianten zur Verteidigungskonzeption aufzeigen

Die SVP fordert den Bundesrat auf, Varianten von Verteidigungskonzeptionen vorzulegen, die im heutigen Kostenrahmen (jährlich maximal 4 Milliarden Franken) die beste Armee zur autonomen Verteidigung unseres unabhängigen und neutralen Landes im Hinblick auf die künftigen Bedrohungslagen gewährleisten. Sofern die SVP-Bundeshausfraktion dem Vorgehen zustimmt, wird die SVP diese Forderung in der Wintersession der eidgenössischen Räte mit parlamentarischen Vorstössen einbringen und erwartet, dass die Varianten zusammen mit dem Sicherheitspolitischen Bericht im Verlauf des Jahres 2010 vorgelegt werden.

ZB. Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) und die Armee sind in einem schlechten Zustand. Das Departement war in den letzten Jahren schlecht geführt. Verteidigungsauftrag, Leitbild, vorhandene Mittel, Ausrüstung und Bestände stimmen nicht mehr überein. Die Mängelliste des VBS wird immer länger. Die SVP unterstützt diesbezüglich die Bemühungen von Bundesrat Ueli Maurer zur Mängelbehebung. Für die SVP ist es nun aber auch unumgänglich, dass rasch Klarheit über die Konzeption der Landesverteidigung geschaffen wird.

Massvoller Finanzhaushalt unerlässlich

Für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die Arbeitsplätze, die öffentliche Wohlfahrt und die übrigen Staatsausgaben ist ein massvoller Finanzhaushalt unerlässlich. Die Er-

höhung von Steuern, Abgaben und Gebühren lehnt die SVP als wirtschaftsfeindlich ab. Deshalb ist es erforderlich, im Bereich der Armeeausgaben mit dem bestehenden Kostenrahmen von rund 4 Milliarden Franken pro Jahr zu planen.

Die beste Armee zur Verteidigung des Landes

Die SVP erachtet die autonome Landesverteidigung auf der Basis des Milizprinzips zur Erhaltung der Unabhängigkeit und der Neutralität für unerlässlich. Sie ist für die Sicherheit und Wohlfahrt des Landes entscheidend. Die Bedeutung der eigenen Landesverteidigung dürfte – im Hinblick auf die internationalen Entwicklungen – zunehmen. Ziel muss es deshalb sein, dass die Schweiz über die beste Armee der Welt zur autonomen Verteidigung des unabhängigen und neutralen Kleinstaates Schweiz verfügt.

Forderungen an den Bundesrat

Vor diesem Hintergrund fordert die SVP den Bundesrat auf, Varianten von Verteidigungskonzeptionen vorzulegen, die im heutigen Kostenrahmen (jährlich maximal 4 Milliarden Franken) die beste Armee zur autonomen Verteidigung unseres unabhängigen und neutralen Landes im Hinblick auf die künftigen Bedrohungslagen gewährleisten.

Es sind mindestens drei Varianten – möglichst Extremvarianten – mit Vor- und Nachteilen vorzulegen. Der Bundesrat entscheidet, welche der vorgelegten Varianten (die alle das Ziel, beste Armee mit max. 4 Milliarden Franken einhalten müssen) seiner Meinung nach die beste beziehungsweise am wenigsten schlechte Variante darstellt.

Der Bundesrat hat zudem die Frage zu beantworten, welche Konzeption mit welchen Kosten er wählen würde, um die beste Armee zu bekommen,

wenn ihn keine Ausgabenlimite einschränken würde.

Sofern die Fraktion dem Vorgehen zustimmt, wird die SVP diese Forderungen in der Wintersession der Eidgenössischen Räte mittels Vorstössen einbringen. Sie erwartet, dass der Bundesrat die Varianten zusammen mit dem Sicherheitspolitischen Bericht erarbeitet und im Verlauf des Jahres 2010 vorlegt.

Keine präjudizierenden Entscheide

Bis die künftige Konzeption für die Landesverteidigung verabschiedet ist, wird die SVP präjudizierenden Projekten ihre Zustimmung verweigern. Dazu gehört insbesondere die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge.

Sofortmassnahmen

Als Sofortmassnahme zum Erhalt der Verteidigungsbereitschaft verlangt die SVP ein Konzept zur raschen Behebung der durch das VBS festgestellten Mängel. Das VBS hat aufzuzeigen, mit welchen Umlagerungen von Mitteln beziehungsweise mit welcher Verzichtsplanung die Behebung der Mängel gewährleistet werden kann. Erst in zweiter Linie kann eine separate Finanzierungsvorlage für die Behebung der verbleibenden Mängel geprüft werden.

Das Positionspapier der SVP-Parteilitung «Wie weiter mit der Landesverteidigung?» ist auf www.svp.ch zu finden.

ZFI-BERICHT 2008

Signal an den Bund – konsequentes Handeln ist angesagt

Die überproportionale Zunahme der Flugbewegungen in den Randstunden und das Bevölkerungswachstum im Untersuchungsgebiet schlagen sich stark im Monitoringwert nieder. Der Einfluss der EURO'08-Flüge zu Tagesrandzeiten darf dabei nicht unterschätzt werden. Die Überschreitung des Richtwertes erfolgte fast erwartungsgemäss, nachdem der ZFI-Bericht 2007 diesen nur knapp unterschritten hatte.



LORENZ HABICHER KANTONSRAT SVP ZÜRICH 3/9

Die vorgeschlagenen Massnahmen werden von der SVP kritisch hinterfragt und begleitet. Die Siedlungsentwicklung in flughafennahen Gemeinden muss auch in Zukunft ermöglicht werden. Eine einschneidende Begrenzung der Flugbewegungen ist kurzfristig nicht angebracht, diese sind infolge der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 markant gesunken. Die im Flughafengesetz §3 Abs. 3 vorgesehene Nachtflugsperrung von 7 Stunden muss rasch möglichst umgesetzt werden. Flughafenbetreiber und Bund stehen hier in der Pflicht (Betriebsreglement).

Aufgrund der gemeinsamen, deutsch-schweizerischen Studie zur Lärmbelastung ist die einseitige Durchführungsverordnung (DVO) aufzuheben. Die Swiss (Tochter der deutschen Lufthansa) ist für ihr Weiterbestehen auf ein deutsches Einlenken angewiesen. Die SVP fordert ein konsequentes Vorgehen des Regierungsrates und des Bundes sowie erneute Verhandlungen mit der deutschen Regierung. Ziel soll eine Gleichbehandlung des Flughafens Zürich im Wettbewerb mit den deutschen Flughäfen sein.

Die von der SVP geforderte, traditionelle Nordausrichtung muss auch an deutschen Feiertagen möglich sein. Der ZFI-Bericht 2008 bestätigt einmal mehr, dass die bevölkerungsdichten Gebiete im Süden und Osten des Flughafens entlastet werden müssen.

AKTION FÜR EINE UNABHÄNGIGE UND NEUTRALE SCHWEIZ

Werden Sie Mitglied der AUNS

Der aktuellen Ausgabe des «Zürcher Bote/ Zürcher Bauer» liegt die hochaktuelle Broschüre «Zügelloser EU-Appetit auf die Schweiz» bei.



NATIONALRAT HANS FEHR GESCHÄFTSFÜHRER AUNS

Bundesbern will in die EU. Im kürzlich erschienenen «Aussenpolitischen Bericht 2009» des Bundesrates – einem Propagandabericht für den EU-Beitritt – besingt der Bundesrat die «Option EU-Beitritt». Die Mehrheit der Bundesräte und der Nationalräte sowie Mitte-links-Parteien drängen nach Brüssel. Der freiheitliche, eigenständige, erfolgreiche Weg der Schweiz ist ihnen zu beschwer-

lich. Die überparteiliche Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), 1986 von Christoph Blocher und Otto Fischer gegründet, gibt Gegensteuer. Die AUNS hat kürzlich die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk!» eingereicht und kämpft mit aller Kraft dafür, dass unser Land unabhängig und neutral bleibt.

Werden auch Sie (zusätzlich zur SVP-Mitgliedschaft) Mitglied der überparteilichen AUNS. Der Jahresbeitrag beträgt nur 35 Franken, für Ehepaare 50 Franken. Senden Sie die ausgefüllte Beitrittserklärung rasch ein. Vielen Dank.

Buure-Zmorge

mit Regierungratskandidat Ernst Stocker

Samstag, 14. November 2009

**9.00 bis 10.30 Uhr, Restaurant Muggenbühl
Muggenbühlstrasse 15, 8038 Zürich**

Öffentlicher Verkehr: S4 Station Brunau, Bus 33 Haltestelle Thujastrasse

Themen:

Aus- und Weiterbildung – das Fundament für eine prosperierende Wirtschaft

Referent: **Paul Nussbaumer**, Direktor Belvoirpark, Hotelfachschule Zürich

Wirtschaftsstandort Zürich – wie weiter?

Referent: **Ernst Stocker**, Regierungratskandidat

Moderation: **Ernst Bachmann**, Kantonsrat



KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Kein Alkoholausschankverbot bei Grossveranstaltungen!

EVP und CVP forderten mit einer Motion, dass die gesetzlichen Bestimmungen beim Gastgewerbegesetz so zu ändern sind, dass die Gemeindebehörden bei Grossanlässen im Interesse der Sicherheit zeitlich und örtlich beschränkte Verbote des Alkoholausschanks verfügen können. Ausserdem beschäufte sich der Kantonsrat diese Woche mit Arbeitsintegrationsmassnahmen, Sicherheit der An- und Abflugrouten am Flughafen Zürich und einem kantonalem Velo-Verleihsystem.



YVES SENN
KANTONS RAT SVP
WINTERTHUR

Mit der Motion betreffend Änderung des Gastgewerbegesetzes soll gemäss den Motionären die Sicherheit an Grossveranstaltungen durch ein Alkoholverbot verbessert werden. Der Regierungsrat stellte in seiner ablehnenden Stellungnahme fest, dass die Verhinderung von Gewalt an Fussballspielen nicht vom Zweck des Gastgewerbegesetzes erfasst werde und das verfügte Alkoholverkaufsverbot daher sachfremd sei. Zudem sei davon auszugehen, dass die Fussballfans genügend andere Möglichkeiten hätten, um an alkoholische Getränke zu gelangen (zu Hause, in Läden, in weiter entfernten Gastgewerbebetrieben usw.). Kernelemente des Gastgewerbegesetzes sind die Bekämpfung des Alkoholismus, der Schutz der Gäste, insbesondere vor gesundheitlichen Gefährdungen durch das Festlegen von Patentvoraussetzungen sowie die Erhebung einer Abgabe. Das Gastgewerbepatent wird erteilt, wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller sowohl die betrieblichen als auch die persönlichen Voraussetzungen erfüllt. Diese Patentvoraussetzungen bieten Gewähr, dass die gesetzlichen Schutzbestimmungen des Gastgewerbegesetzes eingehalten werden. Der Bekämpfung der negativen Auswirkungen des Alkoholkonsums dienen u.a. die Alkoholabgabeverbote an Betrunkenen, Psychischkranke sowie Alkohol- und Drogenabhängige. Die Strafbestimmungen des Gastgewerbegesetzes und die verwaltungsrechtlichen Massnahmen (bis hin zum Patententzug) eröffnen Möglichkeiten, um gegen Gastwirtinnen oder gegen Gastwirte vorzugehen, welche die gesetzlichen Bestimmungen nicht einhalten. Ebenso ermöglicht das Gastgewerbegesetz ausdrücklich die Anordnung von betrieblichen Auflagen, wenn Gastwirtschaften wegen Lärm oder Unfug wiederholt Anlass zum Einschreiten gegeben haben. Das Gastgewerbegesetz sieht jedoch ohne vorgängiges Fehlverhalten der Patentinhaberin oder des Patentinhabers keine präventive Anordnung von Auflagen vor. Schliesslich muss das Fehlverhalten bzw. müssen die negativen Auswir-

kungen nach aussen stets einen kausalen Zusammenhang mit dem sanktionierten Gastgewerbebetrieb aufweisen. Eine präventive Massnahme wie ein Alkoholausschankverbot, deren Zusammenhang mit dem betroffenen Gastgewerbebetrieb nur generell-abstrakter Natur ist, ist unter diesen Umständen sachfremd. **Ernst Bachmann** (SVP, Zürich) stellte fest, dass das Verbot nicht ins Gastgewerbegesetz passt. Die Fussballfans würden bereits mit Tragtaschen voller Alkohol zum Stadion kommen. Ein Verbot bringe nichts, ausser einer Abstrafung der Wirte. Die Probleme könne man nicht mit solchen schikanösen Vorstössen lösen. Die AL stellte fest, dass die kleinen Freuden (ein Bier, eine Wurst und ein Fussballspiel) das Leben erst lebenswert machen und lehnte die Motion ebenfalls ab. Auch die GLP stellte fest, dass ein Verbot nichts bringen würde. Die Meinung der FDP, ein Verkaufsverbot für Alkohol könne Sinn machen, überraschte. Die Überraschung war perfekt, als die FDP-Fraktion die Motion auch noch unterstützte. Die SP jedoch sah es nüchterner und betonte, dass eine Gesetzesänderung keinen Sinn mache. **Martin Arnold** (SVP, Oberrieden) betonte zudem, dass die Motion nur zur Symptombekämpfung nütze, die Verantwortung jedoch bei den Besuchern und den Veranstaltern liege. Mit der Motion werde einzig das Beizensterben beschleunigt. **Lorenz Habicher** (SVP, Zürich) betonte, dass es unverständlich sei, dass eine angeblich liberale Partei für ein Verbot einstehe. Die Motion wurde mit 111 zu 50 Stimmen abgelehnt.

Arbeitsintegrationsmassnahmen
Mit einer Interpellation brachte die FDP, CVP und GLP das Thema Arbeitsintegrationsmassnahmen in den Rat. Konkret wurde festgestellt, dass der Kanton, respektive das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA), plane, sich aus der Finanzierung von Arbeitsintegrationsmassnahmen für Sozialhilfebeziehende zurückzuziehen. **Arnold Suter** (SVP, Kilchberg) stellte im Rat fest, dass die Verantwortung der Sozialhilfebezieher in erster Linie bei den Gemeinden liege. Zudem sei die Zahl der angebotenen Kurse auf dem Markt absolut genügend. Weiterbildungen und Beschäftigungsprogramme seien nur sinnvoll für Perso-

nen mit realen Wiedereinstiegschancen. Die Interpellation wurde mit der Diskussion erledigt.

An- und Abflugrouten
Mit einem Postulat forderten Grüne, SP und CVP, dass sich der Regierungsrat bei den verantwortlichen Stellen dafür einzusetzen habe, dass die Sicherheit der An- und Abflugsysteme erhöht werde. Insbesondere sei darauf hinzuwirken, dass die verschiedenen An- und Abflugrouten auf ihre technische und organisatorische Sicherheit hin neu überprüft werden. Besonders müsse sichergestellt werden, dass auf dem Flughafen Zürich die Anflughöhe der Flugzeuge bei jeder Landung kontrolliert würden. **Lorenz Habicher** (SVP, Zürich) stellte im Rat fest, dass die Sicherheit das höchste Gut im Luftverkehr ist. Jedoch bestehe keine Sicherheitslücke, Fliegen sei gemäss Statistik neben der Liftbenutzung das sicherste Transportmittel. Das Postulat verursache eine Verunsicherung, da die geforderten Kontrollen bereits bestünden. Eine Überweisung des Postulats würde nur die Verwaltung beschäftigen, Kosten generieren und in zwei Jahren abgeschrieben. Die Entwicklung gehe auch ohne dieses Postulat weiter. Auch die EVP bemerkte, dass der Vorstoss überflüssig ist, da dieser nichts zur Sicherheit beiträgt. Der Kantonsrat sah es auch so und lehnte das Postulat mit 96 zu 74 Stimmen ab.

Veloverleih
Mit einem Postulat forderten die Grünen, dass der Regierungsrat ein Konzept zur Realisierung eines kantonalen Systems zur Ausleihe von Fahrrädern vorzulegen und umzusetzen habe. **Hanspeter Haug** (SVP, Weiningen) betonte im Rat, dass ein solches Verleihsystem im ganzen Kanton gefordert wird, dieses jedoch nur in den Städten Zürich und Winterthur Sinn machen würde. Allerdings könne es nicht Aufgabe der Öffentlichkeit sein, ein solches System anzubieten.
Der Kanton stelle bereits 16 Millionen Franken jährlich zur Vervollständigung der Radwege zur Verfügung. Die Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer (SVP) betonte zudem, dass die Rückführung der Velos an den Ausgangspunkt mit Kleinlastwägen erfolgen müsse. Der Kantonsrat lehnte das Postulat mit 111 zu 56 Stimmen ab.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Freisinn unterstützt ein Alkoholausschankverbot bei Grossveranstaltungen



ERNST BACHMANN
KANTONS RAT SVP
ZÜRICH 1/2

Mit 111 zu 50 Stimmen wurde an der letzten Sitzung des Kantonsrates die Motion zur Änderung des Gastgewerbegesetzes für ein zeitlich beschränktes Alkoholausschankverbot bei Grossveranstaltungen verworfen. So weit, so gut. Eigentlich könnte ich mich als Präsident von GastroZürich befriedigt zurücklehnen. Dem ist aber nicht so. Ich habe mich sehr geärgert! Weshalb: Die Motion wurde praktisch geschlossen von der FDP-Fraktion gutgeheissen. Die Partei, die sich grossmaulig stets als liberal bezeichnet, tritt geschlossen für Bevormundung und Willkür ein. Einmal

mehr soll der Bürger in seiner Freiheit wegen ein paar Chaoten eingeschränkt werden und Gewerbetreibende willkürlich dafür bestraft werden, weil der Perimeter des Alkoholausschankverbotes ohne objektive Kriterien festgesetzt werden soll. Statt dass die Polizei rigoros Auswüchse vor und nach Fussballspielen ahndet, will die Motion – ganz dem Zeitgeist entsprechend – mit Symptomanstatt Ursachenbekämpfung in den Griff bekommen. Die FDP begründete ihre Befürwortung der Motion damit, dass man doch mal einen Versuch wagen sollte. Als ob erfahrungsgemäss solche Versuche einmal eingeführt, nie und nimmermehr abgeschafft werden! Das nennt man liberale Politik, bessere Politik der Beliebigkeit! Ich versteh die Welt nicht mehr!

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... ein Postulat betreffend Massnahmen gegen die Verkehrsüberlastung im Knonauer Amt knapp überwiesen. ☹
- ... eine Interpellation betreffend Finanzierung von Arbeitsintegrationsmassnahmen durch den Kanton mit Diskussion erledigt. 😊
- ... ein Postulat betreffend Sicherheit der An- und Abflugrouten am Flughafen abgelehnt. 😊
- ... ein Postulat betreffend Einrichtung eines kantonalen Verleihsystems für Velos abgelehnt. 😊
- ... eine Motion betreffend Änderung des Gastgewerbegesetzes für zeitlich beschränktes Alkoholausschankverbot bei Grossveranstaltungen nicht überwiesen. 😊

9.11.09

Abschied von Bruno Baur

Am 2. November verstarb Bruno Baur, ehemaliger Rafzer Gemeindepräsident, Bülacher Statthalter und erster Verfassungsratspräsident, im Alter von erst 64 Jahren. Sein Leben war geprägt von Initiative, Hilfsbereitschaft und dem Dienst an der Öffentlichkeit. So hat er bereits in jungen Jahren viel Initiative und Mut bewiesen. 1972 gründete er zusammen mit seinem Schwager, Robert Kern, das Elektroinstallationsgeschäft Kern + Baur. Dank ihrem Einsatz, Können und Zuverlässigkeit gewannen die Jungunternehmer rasch das Vertrauen der Kundschaft.

Bruno Baur war aber nicht nur ein erfolgreicher, junger Unternehmer. Er engagierte sich an vorderster Front im Turnverein und interessierte sich für die Gemeindepolitik. Sein Talent wurde dabei rasch erkannt. 1974, im Alter von erst 29 Jahren, wurde Bruno Baur in den Gemeinderat gewählt, wo man ihm das Hochbauressort anvertraute. Er fand sich rasch zurecht in diesem Gremium und schlug bald erste Pflöcke ein.

1979, nach der Wahl von Albert Sigrist in den Regierungsrat, wurde Bruno Baur Gemeindepräsident. Mit 34 Jahren zählt er damals zu den jüngsten Gemeindepräsidenten. Dieses Amt führte er mit einer grossen Begeisterung aus. Bruno Baur nahm sich für dieses Amt sehr viel Zeit. Er fand Zugang zu allen Bevölkerungsschichten und viele Bürgerinnen und Bürger vertrauten auf seinen Rat auch in persönlichen Angelegenheiten. Bruno Baur führte das Amt des Gemeindepräsidenten kompetent und mit einer grossen Ernsthaftigkeit aus. Umgekehrt konnte er fröhlich sein und ein besonderes Ereignis auch gebührend feiern. Für uns damalige Gemeinderatskollegen war er nicht nur der Präsident, sondern auch ein guter Freund und wir durften viele unvergessliche Stunden mit ihm erleben. In Rafz war Bruno Baur nicht nur respektiert, sondern auch äusserst beliebt.

1983 wurde Bruno Baur zusätzlich als Laienrichter ans Bezirksgericht Bülach gewählt. Dabei konnte er auf einem für ihn neuem Gebiet Erfahrungen sammeln und Erfahrungen

weitergeben. Als Richter zeichnete er sich darin aus, dass er in schwierigen Verhandlungen oftmals einen für beide Seiten akzeptablen Vergleich abschliessen konnte.

1991, nach dem Rücktritt von Statthalter Walter Haegi, war Bruno Baur der natürliche Nachfolger. Als Gwerbler, Gemeindepräsident und Richter verfügte er über ideale Voraussetzungen für dieses Amt. Umgekehrt war dieses Amt auch Bruno Baur wie auf den Leib geschneitten. Er führte dieses Amt denn auch mit Leib und Seele aus. Und auch hier zeichnete er sich durch einen grossen persönlichen Einsatz, Umsicht und Fachkenntnis aus. Seinen Mitarbeitern war er ein guter, fürsorglicher Chef. Gegenüber den Gemeinden verstand er sich weniger als Aufsichtsinstantz, sondern als Partner. Er suchte nach Möglichkeit immer zuerst eine einvernehmliche Lösung. Wenn er dann doch negative Entscheide oder Strafen fällen musste, wurde das in der Regel akzeptiert. Man wusste, dass seine Entscheide wohlüberlegt waren. An Bruno Baur schätzte man überall im Bezirk seinen Gerechtigkeitsinn, seine Menschlichkeit und seine Hilfsbereitschaft. Wie in Rafz als Gemeindepräsident war er im Bezirk nicht nur respektiert, sondern auch beliebt.

Bruno Baur hat aber auch auf kantonaler Ebene seine Spuren hinterlassen. Im Jahre 2000 wurde er in den Verfassungsrat gewählt. Nicht zufällig wurde er deren erster Präsident. Auch hier zählte man auf sein Geschick und seine Erfahrung. Als Präsident musste er zuerst eine Infrastruktur aufbauen, Ziele formulieren, einen Zeitplan aufstellen und Kommissionen bilden. Dass der Verfassungsrat innerhalb der gesetzten Frist seine Arbeit erfolgreich abschliessen konnte, war auch ein Verdienst von Bruno Baur.

Ende Juni, vor gut 4 Monaten, ist Bruno Baur nach 18 Jahren von seinem Amt als Statthalter zurückgetreten. Wie es seine Art war, hatte er noch viele Pläne für die nächste Zeit. Leider kann er diese nun nicht mehr verwirklichen.

Hans Rutschmann, Nationalrat, Rafz

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Der Staat hat kein Recht, die Bevölkerung zu erziehen

KANTONS RAT
LUZIVS RÜEGG
ZÜRICH 3/9

Intelligentes Verhalten zeichnet sich nicht nur dadurch aus, aus eigenen Erfahrungen zu lernen. Der intelligente Mensch profitiert auch von Erfahrungen anderer. In der Politik ist das offensichtlich anders.

Auch wenn Schweizer Politiker ihre häufigen Auslandsreisen gerne als «Bildungsreisen» bezeichnen, wird dem Aspekt «Bildung» in der Regel kaum Bedeutung beigemessen. Anstatt das eigene Hirn zu benutzen, wird einfach übernommen, was das Ausland an Fehlentwicklungen zu bieten hat. So auch in der Energiepolitik.

So wird einfach als Dogma festgelegt, Geothermie sei die Energieform der Zukunft. Und wie das Dogmen so an sich haben: sie dürfen nicht hinterfragt werden. Weder persönliche noch

fremde Erfahrungen werden in Erwägung gezogen. Genau das zeichnet eine unintelligente Politik aus.

Nach Erdbeben musste ein grosses und teures Geothermie-Projekt in der Region Basel eingestellt werden. Erst kürzlich berichtete der Fernsehsender SWR über die Schäden, die ein solches Projekt in Staufen im Breisgau anrichtete: Der Boden hebt sich jeden Monat einen Zentimeter. Mauern bröckeln und reissen. Bereits gelten 200 Gebäude als einsturzgefährdet. Auch in Wiesbaden traten unerwartete Probleme auf. Man stiess auf Grundwasser, das unter hohem Druck stand. Eine haushohe Fontäne war die Folge. Und wie immer bei staatlichen Projekten – in dieser Frage unterscheiden sich Deutschland und die Schweiz nicht – will niemand für den Schaden verantwortlich sein, und es wird am Ende auch niemand zur Verantwortung gezogen werden. Auch wenn es linken

Schöngestern nicht in den Kram passt: Es gibt nur zwei nachhaltige, saubere und wirtschaftliche Energien: die Wasser- und die Kernkraft. Nur Sie vermögen den steigenden Energieverbrauch zu decken. Einen Energieverbrauch, der notabene auch als Folge einer von den gleichen Kreisen zu verantwortenden verfehlten Zuwanderungspolitik weiter ansteigen wird.

Wer behauptet, die drohende Energieknappheit lasse sich vermeiden, indem man die Fernsehapparate jeweils ganz abstellen, betreibt Augenwischerei und handelt verantwortungslos.

Als Politiker ist es unsere Aufgabe, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Und die Zahlen zeigen klar, dass diese Bevölkerung laufend mehr und nicht weniger Strom braucht. Diesen haben wir zu liefern. Wir haben nicht das Recht, die Bevölkerung zu erziehen und ihr vorzuschreiben, wie sie zu leben hat.

LESERBRIEFE

Minarette – nur ein Anfang

Die Minarette sind nicht das eigentliche Problem unserer Gesellschaft, sondern die Gefahr der schleichenden Islamisierung, die über eine Initiative nur sehr schwer angreifbar ist. Wegen der Priorität des islamischen Rechts, der Scharia, werden viele krasse Brauchtümer in einigen Herkunftsländern von Moslems angewendet, wie die Beschneidung junger Mädchen, ehelicher Verstoss von Frauen, Zwang zur Burka, Steinigungen bei Ehebruch usw.

Hätten die Initianten eines dieser problematischen Themen in eine Initiative gepackt, wäre ihnen von Bundesbern beschieden worden, dass unsere Gesetze alles bereits abdeckt: Verstümmelung von Menschen ist verboten, Zwangsheiraten sind verboten und die Gleichstellung von Mann und Frau ist in der Schweiz seit Langem in der Verfassung verankert.

Für den Einstieg in diese Diskussion gab es also wenige Alternativen und das Minarettverbot war eine, die der

gestrengen Prüfung von Initiativen standhalten konnte.

Ziel der Minarett-Initiative ist somit nicht das tatsächlich unbedeutende Verhindern des Baus von Minaretten, sondern die fehlende Trennung von Religion und weltlicher Macht im Islam, was mit unserer Verfassung unvereinbar ist.

Die Medien haben es in der Vergangenheit versäumt, das Volk über die Gefahren der schleichenden Islamisierung zu informieren. Anschauungsunterricht gibt es genug; man muss nur über die Verhältnisse in den von Moslems kontrollierten Ghettos in Berlin und Paris berichten, wo der Staat längst seine Macht verloren hat und die Scharia immer mehr ihre menschenverachtende Diktatur ausübt.

Nach den blutigen Religionskriegen im 16. Und 17. Jahrhundert hatte die christliche Welt die Konsequenzen gezogen und Kirche und Staat getrennt, was diese Seite der Konflikte beende-

te. Nicht so der Islam, der diesen Schritt noch vollziehen muss, um ein friedliches Nebeneinander von Christentum und Islam zu ermöglichen. Der Zeitbedarf für einen solchen Schritt ist allerdings gross, und ich erachte es nicht als tolerabel, dass wir diese Entwicklung des Islam auf unserem Boden durchführen. Dafür ist die Weltreligion Islam zu global. Die Schweiz ist gut beraten diese Entwicklung in den Stammländern des Islam abzuwarten und die Verfassung strikte durchzusetzen, nötigenfalls auch unter weiterer Anpassung von Gesetzen, wie jetzt das Verbot der Minarette. Die Scharia wird sich niemals über einen demokratischen Prozess, sondern aus den urbanen Zentren heraus, schleichend und mit Gewalt, ihren Weg in unser Leben suchen, wie dies anderenorts schon stattgefunden hat. Setzen wir nun ein erstes Zeichen und verbieten die Minarette.

Stephan Amacker, Neftenbach

Unser Land braucht keine Minarette

Ich akzeptiere die Existenz einer moslemischen Gebetsstätte, was zur Ausübung des islamischen Glaubens völlig in Ordnung ist. Ein Minarett hat damit aber gar nichts zu tun und ist in unserer abendländischen Kultur eine reine Provokation. Ein Kirchenbau in einem islamischen Land ist völlig ausgeschlossen und undenkbar. Diese Un-

gleichheiten lassen den Schluss zu, dass es in einem christlich begründeten Land kein Zugeständnis für unnötige, in unserer Landschaft störende Minarettbauten braucht.

Der türkische Staatschef Erdogan hat die Minarette unter anderem als Bajonette bezeichnet. Eine solche Aussage lässt aufhorchen!

Für mich bedeuten die Minarette zweifelsohne ein politisches Symbol. Mit der Anti-Minarett-Initiative kann und muss einer fortschreitenden Islamisierung entgegengetreten werden.

Ich werde am 29. November ein überzeugtes JA zur Initiative in die Urne legen.

Kurt Streil-Marti, Diessenhofen

Regierungswechsel in Deutschland: Ändert sich etwas im Fluglärmstreit?

Der Kanton Zürich sowie die durch die aviatisch und ökologisch unsinnigen Südanflüge beeinträchtigten Gegenden erhoffen sich mit der neuen deutschen Regierung eine Wiederaufnahme der Verhandlungen im Fluglärmstreit. Unterstützung erhält die Schweizer Position durch ein letzte Woche vorgestelltes Lärmgutachten für den Südschwarzwald, welches keine relevanten Grenzwertüberschreitungen durch Fluglärm in den durch die Nordanflüge betroffenen deutschen Gemeinden feststellt. Trotzdem sind es diese wenigen Gemeinden, unterstützt durch das Landratsamt Waldshut, die gegenüber der heutigen Regelung (100 000 Anflüge pro Jahr), die eigentlich gelockert werden sollte, sogar auf einer Verschärfung (80 000 Anflüge pro Jahr) bestehen. Bundesrat Moritz Leuenberger, in unserer Lan-

desregierung sowohl für Verkehr wie auch für Energie zuständig, forderte, dass die Schweiz mit einer einzigen Stimme gegenüber Deutschland auftreten müsse. Gemeint hat er wahrscheinlich die eigene Stimme. Dies kann ich insofern unterstützen, als genau er einmal Verkehrs- und Energiefragen verknüpfen könnte, damit die Schweizer Position gestärkt würde. Es sind nämlich wiederum fast dieselben Gemeinden in demselben Landkreis Waldshut, die vehement fordern, dass sie in der Frage eines allfälligen Endlagers für radioaktive Abfälle in die Evaluation von Standorten in Grenznähe (z.B. nördlich der Lägern) einbezogen werden. Die Frage der Landesgrenze, und damit verbunden der Hoheit über das Gebiet innerhalb der eigenen Grenze, wird somit vom Landkreis Waldshut je nachdem an-

ders interpretiert: Vom Boden nach oben in den Himmel gehört alles nördlich der Grenze in die alleinige Hoheit von Deutschland, so dass Deutschland mit gutem Recht allein einseitige Verfügungen über dieses Hoheitsgut verhängen könne. Beim Teil unter dem Boden soll es sich hingegen genau umgekehrt verhalten: Hier soll die Schweiz nicht über dieses Hoheitsgut auf ihrer Seite der Landesgrenze alleine verfügen dürfen. Lieber Herr Leuenberger, verknüpfen Sie doch in Ihrem Gehirn statt halbamüsanter Pointen einmal zwei Sachfragen zu einem Verhandlungspaket und vermitteln Sie der Schweiz für dieses Jahr erstmalig ein aussenpolitisches Erfolgsergebnis.

Christian Meier, Unterengstringen

Toleranz der Muslime

Toleranz – sei vorhanden, glauben viele Gutmenschen. Es wäre schön, doch die Fakten zeigen ein anderes Bild. Warum muss ein deutscher Islam-Kritiker mit seiner Familie an einem geheimen Ort unter Polizeischutz leben? Jugendliche, die eigentlich kein Kopftuch tragen wollen, werden dazu gezwungen, ansonsten ihnen ein Smiley verpasst wird. Ihnen wird der Mund Richtung Ohren aufgeschlitzt. Grausam. In Gefängnissen müssen WC-Anlagen umgebaut werden, damit Muslime beim Stuhlgang nicht mit

dem Rücken oder dem Gesicht gegen Mekka schauen. Und das für Verbrecher und Mörder. Christlichen Metzger in Ägypten wird die Lizenz entzogen, weil sie Schweinefleisch verarbeiten. Zur Intoleranz kommt noch unsere Unterwürfigkeit. Damit der Islam nicht beleidigt wird, werden Darstellungen von Schweinen aus den Schulbüchern verbannt. Eine Muslima darf ein Passfoto mit Kopftuch abgeben.

Wir dürfen nicht lachen, keine Haarsträhne im Gesicht haben und müssen viele weitere Details strikte befolgen.

Zum Schluss noch folgende Feststellungen: Auf ein Minarett folgt der Muezzin! Niemand baut ein Swimmingpool, um dann nicht darin zu schwimmen. Im Internet werden die Minarette als Siegestäulen bezeichnet. Siegestäulen wofür? Für den Vormarsch des Islams! Wollen wir das? Nein! Als besorgter Familienvater appelliere ich dringend: Stimmen Sie Ja zur Minarett-Initiative. Herzlichen Dank.

Karl Bertschinger, Ebmatingen

Zürich versinkt im Stau

Täglich hören wir im Radio Staumeldungen, ganz besonders der Kanton Zürich ist davon betroffen. Vor dem Gubristtunnel bildet sich regelmässig Verkehrsstau und der öffentliche Verkehr ist ebenfalls überlastet. Der Regierungsrat muss endlich handeln, denn sonst versinkt Zürich vollständig im Verkehrschaos. Mit einem dritten SP-Regierungsratssitz werden wir auf eine Lösung dieses Problems noch lange, lange warten. Im Gegensatz zur SP setzt sich der SVP-Kandidat Ernst Stocker für eine leistungsfähige und zukunftsgerichtete Infrastruktur ein. Sowohl der öffentliche Verkehr und der Individualverkehr müssen gleichermaßen gefördert werden. Unser Wirtschaftskanton darf nicht im Stau stecken bleiben!

Hans Pfister, Dübendorf

reise-forum meilen ag
das persönliche reisebüro

Reise-Forum Meilen AG
Kirchgasse 53 · CH-8706 Meilen/Schweiz
Telefon 044 925 21 51
Telefax 044 923 11 33
e-mail: info@reiseforum.ch

Inhaber: Reto Tobler
Präsident SVP Herrliberg

Buchen auch Sie Ihre Ferien bei uns!
neutral • unabhängig • professionell

Wir sind Mitglied: Schweizerischer Reiseverband IATA REISEGARANTIE garantiert hin und zurück

Einladung zum öffentlichen Chlaushöck 2009
Donnerstag, 3. Dezember 2009
14.30 – 17.00 Uhr

Ort Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Pavillon, 8038 Zürich – Wollishofen.

Erreichbar mit dem **VBZ Bus 33** ab Waffenplatzstrasse oder Morgental oder mit **VBZ Bus 66** ab Haltestelle Sihlstrasse am Pelikanplatz beide bis Haltestelle Thujastrasse, von dort zu Fuss auf dem Weg bei Haus Nr. 70 (Wegweiser) oder ab **Hauptbahnhof mit der Sihltalbahn S4** bis Haltestelle Brunau, von dort die Treppe hoch und schon sind Sie da.

Zeit Donnerstag, 3. Dezember 2009, 14.30 – 17.00 Uhr

Programm Die beiden Stadtratskandidaten der SVP Stadt Zürich
Mauro Tuena und Dr. med. Karl Zweifel

stellen sich vor und erklären uns, wie sie sich im Stadtrat für die Anliegen der Generation 60+ einsetzen würden.

Anschliessend gemütliches Beisammensein bei Kaffee und einem Stück Torte.

Liebe Mitglieder und Freunde des Vereins für aktive Senioren

Der Vorstand freut sich, Ihnen in diesem Jahr einen weiteren geselligen Anlass anbieten zu können und hofft natürlich auf einen regen Besuch. Nehmen Sie Ihre Freunde und Bekannten ebenfalls zum Chlaushöck mit.

Mit freundlichen Grüssen Der Vorstand

Vorschau: Im Jahr 2010 findet aus bekanntem Grund kein Preisjassen statt.



www.svp-uster.ch

Herzlich willkommen zum Fondueplausch mit Musik!

Samstag, 21. November 2009, ab 12 Uhr, im Forsthaus Mühleholz, Haldenstrasse, in Uster

SVP USTER

Ehrlich. Engagiert. Für Uster.

Die Profis vom Land

Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für

- Gewerbe ► Bau
- Industrie ► Gartenbau

tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz

► Tel. 055 251 41 41 ► info@mrzo.ch

Maschinenring

Matratzen nach Ihren eigenen Wünschen

(Bicoflex, Happy, Lattoflex, Rovia usw.) Betten und Lättli jeder Art und Grösse sowie Luftbetten, Vorhänge und Möbel, div. Marken-Bettwäsche. Grösste Ausstellung der Region – ein Besuch lohnt sich immer – auch für Sie!

Bettwaren Kloten

BETTFEDERNREINIGUNG POTEMA® MOBILE MATRATZENREINIGUNG

ZOLLINGER + CO. AG
• 8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
Telefon 044 869 10 75
Samstags auf telefonische Anmeldung

www.raferfeld.com
bettwaren@raferfeld.com

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!

Öffnungszeiten:
Mo-Fr 8.00-12.00 Uhr/13.30-18.30 Uhr
Sa 8.00-12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung

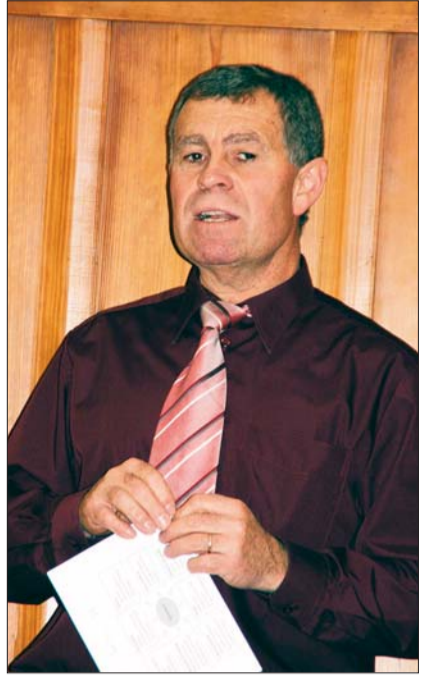
In Top moderner Werkstatt
• Preis für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• All-+ Stahlreifen • Radwaschmaschine

Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

REGIERUNGSRATKANDIDAT ERNST STOCKER IN HENGGART

Plädoyer für ein starkes und bürgerliches Zürich

An einem Politlunch in Henggart stellte sich der SVP-Regierungsratskandidat Ernst Stocker den Bürgern. Er plädierte dabei für einen starken Kanton Zürich und für eine grosse Gemeinde-autonomie.



Ernst Stocker plädierte in Henggart für einen starken Wirtschaftskanton Zürich.

RoMü. Am 29. November stellt sich der Wädenswiler SVP-Kantonsrat und Stadtpräsident Ernst Stocker zur Wahl in den Zürcher Regierungsrat. Der Meisterlandwirt verfügt über eine grosse und breite politische Erfahrung. Seit 22 Jahren gehört er dem Zürcher Kantonsrat an, welchen er 2003 auch präsidierte. Zudem sitzt er seit 11 Jahren im Stadtrat von Wädenswil, welchen er seit 3 Jahren präsidiert. Somit verfügt Stocker über eine breite Legislativ- und Exekutivbehörden Erfahrung. Am Mittwochmittag vergangener Woche stellte er sich an einem sehr gut besuchten Politlunch in Henggart den Wählern. «Ich spüre als Kandidat eine breite Unterstützung», stellte Ernst Stocker einleitend fest. Erfreut zeigte er sich darüber, dass auch die FDP und CVP seine Kandidatur mittragen. Trotzdem muss um jede Stimme gekämpft werden, damit der Kanton Zürich weiterhin über eine bürgerliche Regierung verfügen kann.

Entsprechend Stocker verwies auch auf die wirtschaftliche Bedeutung des Kantons Zürich. «Wir sind inzwischen ebenfalls von attraktiven Kantonen umgeben, welche dank einem guten

Schuldenabbau nicht zuletzt dank den Goldreserven über gute finanzielle Verhältnisse verfügen. Entsprechend kämpfen heute nicht nur mehr die beiden Nachbarkantone Zug und Schwyz, sondern auch der Thurgau, St.Gallen, Schaffhausen oder der Aargau um gute Steuerzahler und haben entsprechend im Steuerwettbewerb aufgeholt», hielt Stocker fest. Um aber weiterhin über einen konkurrenzfähigen Steuerwettbewerb zu verfügen, forderte Stocker, dass auch der Kanton Zürich seine Finanzen ins Lot bringt. Er forderte aber auch Anstrengungen im Bereich der Bildung und Forschung, um weiterhin einen wichtigen Spitzenplatz einzunehmen. Bei der Volksschule machte Stocker eine grosse Unruhe aus. Viele Lehrer seien trotz mehr Geld für das Schulwesen unzufrieden. Deshalb plädierte der Regierungsratskandidat dafür, dass weiterhin ein hohes Niveau an den Volksschulen angestrebt werden muss. «Es darf nicht sein, dass immer mehr gute Schüler in Privatschulen abwandern», mahnte Stocker hinsichtlich der schwierigen und für viele unbefriedigten Situation an vielen Zürcher Volksschulen.

Eine gute Infrastruktur im Verkehrsbereich ist für Stocker für den Stand Zürich und seine Wirtschaft von grosser Bedeutung. Deshalb müssen alle Verkehrsträger und Systeme gefördert werden. Insbesondere macht er Nachholbedarf beim Individualverkehr aus. Scharf äusserte er sich abschliessend zu dem jüngsten Vorfall in Niederhasli, wo ein 15-Jähriger einen Familienvater niederschlug und schwer verletzt. «Hier müssen die Erziehungsberechtigten auch mehr in die Pflicht und die Verantwortung genommen werden und die Eigenverantwortlichkeit bei Taten dieser Art wieder vermehrt in den Vordergrund gestellt werden», forderte Stocker. Er plädierte dabei für ein scharfes Jugendstrafrecht und für einen besseren Datenfluss, um solche Täter besser überführen zu können. Andererseits ist gemäss Stocker auch zu beachten, dass 95 Prozent der Jugendlichen kaum Probleme macht. Hier seien die Leistungen zu würdigen. Die Tüchtigkeit muss sich deshalb wieder mehr lohnen.

Breite Diskussion

Stocker sprach sich dezidiert gegen die Minarett-Verbotsinitiative aus. Er setzt

viel mehr auf das neue Integrationsgesetz, welches aber konsequent angewendet und umgesetzt werden muss. «Die Landgemeinden setzen auf Sie», stellte ein Weinländer Gemeindepräsident fest, indem er einen Einsatz von Stocker für diese forderte. Als Stadtpräsident kenne er die Nöten und Sorgen der kleinen Gemeinden, so dass er auch für ihre Interessen einsteht, versicherte Stocker.

Stocker wurde auch auf die Formen der Zusammenarbeit mit Deutschland hinsichtlich verschiedener offener Fragen abgesprochen. Beim Fluglärmstreit sieht er durchaus Potenzial für eine Zusammenarbeit mit Deutschland, wobei aber die Schweiz ihre Interessen energisch vertreten sollte. Hinsichtlich der Zürcher Flughafenpolitik verwies Stocker auf die grosse Bedeutung von Kloten für den Wirtschaftsstandort Zürich. Deshalb sollten alle bereit sein, gewisse Lasten zu tragen. Entsprechend soll das An- und Abflugregime so ausgerichtet werden, wie der Flughafen ursprünglich gebaut wurde. Weiter plädierte Stocker auf eine starke Gemeindeautonomie, wobei nicht immer nur die Professionalisierung im

Vordergrund stehen muss. «In vielen Bürgern stecken viele Fähigkeiten und diese Ressourcen sind auch im Gemeindeleben zu nutzen», forderte Stocker.

Abschliessend plädierte Stocker auch für eine produzierende Landwirtschaft, welche nicht zu stark eingengt werden darf. Gleichzeitig warnte er vor einer immer grösser werdenden Agrarbürokratie. Entsprechend forderte Stocker auch einen verhältnismässigen Naturschutz.

MASSIVE ZUWANDERUNG IN DIE STADT ZÜRICH

Ausländer vertreiben Schweizer

Seit Jahren kritisiert die SVP den ungebremsten Ausländerzuwachs in der Stadt Zürich. Explizit warnte sie vor den Konsequenzen bei Gewalt- und Jugendkriminalität, Sozialhilfekosten und -missbrauch sowie im Zusammenhang mit den diversen Abstimmungen zu bilateralen Verträgen vor Wohnungsnot und dem verbundenen Anstieg der Wohnpreise.



GEMEINDERAT
ROGER LIEBI
PRÄSIDENT
SVP STADT ZÜRICH

Alles, wovor die SVP gewarnt hatte, ist eingetreten: Die Jugend- und Gewaltkriminalität nimmt seit Jahren massiv zu. Über die Hälfte der verurteilten Straftäter sind Ausländer.

44 Prozent aller Sozialhilfebezügler sind Ausländer – bei einem Gesamtausländeranteil von rund 31 Prozent. Wären auch eingebürgerte Ausländer in die Statistik einbezogen, würde das Verhältnis noch markanter zu Lasten gebürtiger Ausländer ausfallen. Sozialhilfemissbrauch ist zu einem schweizweit anerkannten Dauerthema geworden. Der Stadtrat von Zürich erhöht sogar von sich aus die Anzahl der Sozialdetektive.

Die Wohnpreise steigen in verschiedenen Stadtkreisen markant an – namentlich dort, wo sich seit den Abstimmungen über die bilateralen Verträge massiv EU-Ausländer niederlassen, die häufig von Mietzuschüssen ihrer Arbeitgeber profitieren (Beispiel Seefeld). Die Warnungen der SVP wurden immer wieder als Hirngespinnste, Schwarzmalerei und – natürlich, wenn gegenteilige Argumente fehlen –

als ausländerfeindlich motiviert dargestellt.

Ausländer rein, Zürcher raus

Die nackten Zahlen des Statistischen Amtes der Stadt Zürich belegen allerdings in aller Deutlichkeit: Die Stadt Zürich hat ein Ausländerproblem. Und noch viel schlimmer – die rot-grüne Politik vertreibt ganz offensichtlich viele Schweizer aus der Stadt.

Die nachfolgende Grafik zeigt den Sachverhalt deutlich auf:

Zwischen 2003 und 2008 wanderten sage und schreibe netto zusätzliche 23 104 Ausländer in die Stadt Zürich ein, währenddem netto 9628 Schweizer der gemäss Stadtrat besten, schönsten, sichersten und attraktivsten Stadt der Welt den Rücken kehrten.

Es ist offensichtlich, dass immer mehr Schweizer nicht mehr nur mit dem Wahlkuvert abstimmen und wählen, sondern die katastrophale Leistungsbilanz der rot-grünen Politik in der Stadt Zürich – auch und gerade in der Ausländerfrage – regelrecht im wörtlichen Sinne mit Füssen treten und aus der Stadt Zürich abwandern. Seit 2003 gab es keinen positiven Wanderungssaldo von Schweizern mehr, währenddem im gleichen Zeitraum jedes Jahr mehr Ausländer in die Stadt zu- als weggezogen. Dass nun ausgerechnet der grüne Nationalrat Bastien

Girod einen Zuwanderungsstopp für Ausländer fordert, beweist wie richtig die Politik der SVP in den letzten Jahren war. Wir laden Bastien Girod – der von seiner völlig weltfremden und Zürich feindlichen Parteikollegin Stadträtin Genner nun als ausländerfeindlich bezeichnet wurde – ein, über einen Parteiwechsel zur SVP nachzudenken, sofern er auch noch seine bisher undifferenzierte Haltung zu Offroadern überarbeitet.

Die SVP fordert den Zürcher Stadtrat mit Nachdruck auf, seine bisherige Ausländerpolitik grundlegend zu ändern und sich auf kantonaler wie eidgenössischer Ebene für eine Beschränkung der Ausländerzuwanderung einzusetzen.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Dringliches Postulat: Verzicht auf neue Eigenmietwertbesteuerung auf 2010

Der Regierungsrat soll auf die Erhöhung des Eigenmietwertes per 2010 verzichten.

BARBARA STEINEMANN
KANTONS RAT SVP
WATT-REGENSDORF

Jeder Kanton verfügt über ein anderes System der Eigenmietwert-Bemessung. Die Methoden der anderen Gliedstaaten ziehen nicht derart hohe Belastungen der Eigenheim-Bewohner nach sich. So hat beispielsweise Baselland in den letzten Jahren die Besteuerung des Eigenmietwertes im Sinne einer deutlichen Entlastung angepasst. Die Revision führte zu Mindereinnahmen beim Kanton Baselland von 32 Mio. Franken und auf Ebene der Gemeinden von rund 19 Mio. Franken. Mittelständische Familien werden seit 1. Januar 2007 dadurch spürbar entlastet. Andere Gliedstaaten wie z.B. Schwyz lassen die Liegenschaften individuell schätzen, der Wert hat dann über Jahrzehnte Gültigkeit.

So nicht in unserem Kanton: Hier sollen Hauseigentümer für ihr selbst genutztes Wohnobjekt finanzielle Mehrbelastungen erfahren – im Schnitt rund 10 Prozent, bei regionalen Unterschieden. Dies obwohl die Immobilienpreise im Sinken begriffen sind und damit die Basis auf zu hohen Werten aufbauen wird.

Und dies alles in einer Zeit, in der Entlastungen einen klaren wirtschaftlichen Mehrwert bringen und Belastungen eine Verzögerung der Konjunkturerholung bedeuten können.

Der Regierungsrat beabsichtigt zudem, die Erhöhung für die laufende Steuerperiode und damit rückwirkend einzuführen. Dieses Vorgehen ist in ordnungspolitischer Hinsicht fragwürdig. Der Steuerzahler wartet zudem nach wie vor auf den Ausgleich der kalten Progression.

MEDIENMITTEILUNG DER SOZIALBEHÖRDE DÜBENDORF

Asylbewerber erhalten neu Sozialhilfe anstatt Nothilfe

Der Zürcher Regierungsrat beschliesst, dass «vorläufig aufgenommene» Asylbewerber künftig von der Sozialhilfe den vollen SKOS-Tarif erhalten sollen.



KURT SPILLMANN
PRÄSIDENT
SOZIALBEHÖRDE
DÜBENDORF

Die Sozialbehörde Dübendorf findet den Beschluss des Kantons Zürich stossend und unhaltbar, dass «vorläufig aufgenommene» Asylbewerber künftig von der Sozialhilfe den vollen SKOS-Tarif erhalten sollen. Bisher erhielten diese Personen einen reduzierten Betrag, weil man davon ausging, dass sie nur solange hierbleiben, bis es möglich ist, sie wieder in ihr Herkunftsland auszuweisen. Das gilt jetzt offensichtlich nicht mehr.

Ab sofort werden «vorläufig Aufgenommene» in den Genuss des vollen Sozialhilfeprogramms Marke «Schweizer Qualität» kommen. Alles unter dem Titel die Integration von Ausländern zu verbessern.

Ein Unterstützungsbudget gemäss SKOS-Tarif setzt sich wie folgt zusammen: Grundbedarf, Mietzins, Krankenkassenprämie, Erwerbsunkosten, Integrationszulage, Zahnarzt usw., alles steuerfrei und finanziert durch den Steuerzahler. Es versteht sich von selbst, dass Rückschaffungen von abgelehnten Gesuchstellern in der Schweiz mit solchen politischen Entscheidungen praktisch unmöglich machen.

Fehlentwicklungen korrigieren

Wie erfolgreich sich einzelne Nationen bereits in die Sozialhilfe «integriert» haben, zeigt die Sozialhilfequoten-Statistik (2007). Gemäss dieser Statistik beziehen zwischen 30 und 50 Prozent aller Angolaner, Äthiopier, Afghanen, Eritreer, Iraner, Tunesier, Syrer und Jamaikaner Sozialhilfe. In der Rangliste noch etwas weiter oben steht der Staat von Herrn Gaddafi, Libyen da. Von 852 in der Schweiz

wohnhaften Libyern leben 465 oder 55 Prozent von staatlichen Leistungen!

Dass mit diesem Entscheid, alle vorläufig aufgenommene Asylbewerber die den vollen SKOS-Tarif erhalten, nicht mehr in der Statistik «Asylbewerber» geführt werden, darf nicht unerwähnt bleiben. Das heisst, je mehr «vorläufig Aufgenommene» von der Sozialhilfe mit vollem SKOS-Tarif unterstützt werden, je mehr neue Asylsuchende werden den Gemeinden zugewiesen, immer mit der Begründung, dass man ja schliesslich das Kontingent von 0,5 Prozent der Wohnbevölkerung im Kanton zu erfüllen hat. Wird diesem nicht Folge geleistet droht der Kanton den Gemeinden mit «Zwangszuweisungen».

Die Sozialbehörde Dübendorf wehrt sich vehement gegen solche Fehlentwicklungen und fordert die Politik auf, solche Missstände umgehend zu korrigieren.

Nettozuwanderung Stadt Zürich 2003–2008

